Der Rechtsweg

Dokumente aus dem Archiv für Volkserhaltung und Staatsethik

Nr. **11** | Zum dritten landesweiten, verbände- und parteienübergreifenden nationalen Widerstandstag | **30. 1. 1984**

Nationale Widerstandstage

Von Walther Soyka

Ausgehend von der Universität Bremen gab es am **21. 11. 1983** einen **ersten nationalen Widerstandstag**; er fiel genau auf Hartmut Gründlers 6. Todestag, an den ich dabei durch hunderte Aufkleber (die zum Teil auch jetzt noch, ein viertel Jahr später, kleben) erinnerte.

Nachdem einige regionale Widerstandstage gefolgt waren, gab es am **12. 12. 1983** den **zweiten nationalen Widerstandstag**; der **30. 1. 1984** ist



Bananen gedeihen nicht im Bonner Klima

Zuchtversuch der Stadtgärtnerei gescheitert / Großer Erfolg mit Kaffeesträuchern

Bonn (ddp)
Aufgegeben haben städtische Gärtner in Bonn den Versuch, im Stadthaus der Bundeshauptstadt Bananenstauden hochzuziehen und die Angestellten und Beamten mit süßen Früchten aus eigener Zucht zu stärken. Dagegen gedeihen die

Nach kurzem und euphorischem Wachstum ließen sie die gelbgewordenen Blätter hängen. Ihnen fehlten vor allem tropische Sonne und Luftfeuchtigkeit.
Anders dagegen verhält sich die Kaffeepflanze. Sie entwickelt sich zum Renner unter dem Grün

SZ 23.2.

(Brigitte Schneider, Süddeutsche Zeitung 23.2.1983)

nun der **dritte nationale Widerstandstag,** dem in den kommenden Monaten, Jahren und wohl auch Jahrzehnten noch unzählbar viele weitere werden folgen müssen.

Wir wenden uns damit nicht allein gegen Atomraketen und Atomreaktoren, die beide wegen des Plutoniums und seiner Langzeitwirkung und Großraumwirkung sittenwidrig und rechtlich untragbar sind; wir wollen auch gegen weit subtilere Unterjochungsmethoden Widerstand leisten, wie sie z. B. das lesenswerte SPIEGEL-Buch Nr. 48 von H. W. Kilz und J. Preuß **„FLICK — Die gekaufte Republik"** (Rowohlts Taschenbuch Verlag, Hamburg, November 1983) aufgedeckt hat. Die Abbildung des Inserates von Brigitte Schneider aus der Süddeutschen Zeitung befindet sich auf S. 58 dieses Buches, mit dem Hartmut Gründler voll bestätigt wird. Dies ergibt sich u. a. aus Gründlers letzem Brief vom 14. November 1977, den ich erstmals am 22. 11. 1977 im Heft Nr. 4 „Der Rechtsweg" abdruckte.



(Aufnahme: Greta Menge)

7. Dez. 1983: Nicoll de Bruin-Soyka und Walther Soyka mit ihren Kindern Edgar und Friederike vor der Wohnung in Bremen, Wendtstraße 22, ehe sie mit dem Ankleben von vier gleichlautenden, selbst geschriebenen Papierspruchbändern an Gebäuden der Universität Bremen begannen:

„Friedensvertragsbewegung statt Bananenrepublik"

Union verneint Widerstandsrecht

Fraktion billigte Erklärung / Vor Weimarer Tendenzen gewarnt

Berlin (dpa/ap). Im demokratischen Rechtsstaat kann nach Auffassung der CDU/CSU niemand ein Widerstandsrecht in Anspruch nehmen. Auf ihrer ersten Sitzung im neuen Jahr verabschiedete die Bundestagsfraktion der Union gestern in Berlin eine Erklärung, in der es heißt, ein Widerstandsrecht gegen den freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaat gebe es nicht. Wer in der Bundesrepublik Entscheidungen des Parlaments, der Regierungen, der Verwaltung oder der Gerichte nicht billige, könne auf dem Rechtswege oder in freier Meinungsäußerung dagegen angehen. Eine Aufkündigung des demokratischen Verfassungskonsenses sei aber unzulässig.

Die zwölf Punkte umfassende „Berliner Erklärung" soll im 40. Jahr der Wiederkehr des Aufstandes vom 20. Juli 1944 gegen Hitler an den Widerstand in der Zeit des Nationalsozialismus erinnern und zugleich vor der Wiederkehr bestimmter Tendenzen der Weimarer Zeit warnen.

CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dregger sagte vor den im Reichstag tagenden Abgeordneten, die „Berliner Erklärung" sei ein Appell an alle demokratischen Kräfte, gemeinsam der Intoleranz, der Selbstgerechtigkeit und dem Fanatismus undemokratischer Gruppen entschlossen entgegenzutreten. In der Bundesrepublik seien Tendenzen und Symptome erkennbar, an denen die Weimarer Republik zugrunde gegangen sei.

In der „Berliner Erklärung", die von den CDU-Abgeordneten Paul Mikat und Wolfgang Schäuble formuliert wurde, heißt es, „ziviler Ungehorsam" und „gewaltfreier Widerstand" in Form bewußter Verletzung von Gesetzen verstoße gegen die Friedenspflicht und sei Rechtsbruch. Das Widerstandsrecht in Artikel 20 des Grundgesetzes wird als „Verfassungsnothilfe gegen den Staatsstreich von oben und unten" definiert.

In der Fraktionssitzung kamen der frühere Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier sowie die Professoren Josef Isensee (Bonn) und Hermann Lübbe (Zürich) zu Wort. Gerstenmaier, einer der letzten Tatzeugen des 20. Juli, hatte am Mittag zusammen mit Bundeskanzler Kohl, Dregger und der Fraktionsführung an der Gedenkstätte Plötzensee einen Kranz niedergelegt.

WESER-KURIER 17. Jan. 1984

Plutonium-Streit geht weiter

Silkwood-Hinterbliebene dürfen gegen Kernkraftwerk klagen

New York (dpa). In ihrem Rechtsstreit um eine Entschädigung haben die Hinterbliebenen von Karen Silkwood, der Arbeiterin in einem Kernkraftwerk, die unter ungeklärten Umständen bei einem Autounfall gestorben ist, eine wichtige Runde gewonnen. Karen Silkwood hatte ihren Arbeitgeber, die Firma Kerr-McGee in Oklahoma beschuldigt, sie aus Fahrlässigkeit mit radioaktivem Plutonium verseucht zu haben.

Das Oberste Bundesgericht der USA in Washington entschied mehrheitlich mit fünf gegen vier Stimmen, daß die Familie Karen Silkwoods ihre Klage gegen Kerr-McGee auf Leistung einer Entschädigung in Höhe von zehn Millionen Dollar weiter verfolgen darf. Damit ist ein früheres Urteil aufgehoben, das den Hinterbliebenen Schadenersatzforderungen untersagte.

Die Arbeiterin und Gewerkschafts-Aktivistin Karen Silkwood kam im November 1974 auf dem Weg zu einem Zeitungsinterview ums Leben. Angeblich wollte sie einem Journalisten Angaben über die Arbeitsbedingungen in der Plutonium-Verarbeitungsanlage ihres Werks machen. Die Umstände ihres tödlichen Unfalls sind nie aufgeklärt worden und in den USA heiß umstritten. Die Meinungen darüber, ob Karen Silkwood ermordet worden ist oder nicht, sind scharf geteilt. Für beide Lager ist die 28jährige Arbeiterin jedoch zu einer Symbolfigur für die Gefahren und die Probleme der Kernkraftgewinnung geworden.

Ein Sprecher der vier Bundesrichter, die sich gegen die Wiederaufnahme des Entschädigungsverfahrens aussprachen, erklärte, es gebe keine Beweise dafür, daß Karen Silkwood außer seelischem Streß spezifische vorübergehende oder dauernde gesundheitliche Schäden erlitten habe. Der Fall Silkwood ist mit Meryl Streep in der Hauptrolle verfilmt worden.

WESER-KURIER 16. Jan. 1984

DER CHEF
DES BUNDESKANZLERAMTES
331 - K 53046/83

5300 BONN 1, DEN 14. September 1983
POSTFACH
FERNRUF 56.. 2337
ODER 561 (VERMITTLUNG)

DER CHEF DES BUNDESKANZLERAMTES POSTFACH 5300 BONN 1

Herrn
Walther Soyka
Wendtstraße 22

2800 Bremen 1

Sehr geehrter Herr Soyka,

im Auftrag des Bundeskanzlers danke ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 15. August 1983, in dem Sie Ihre Vorstellungen über die Nutzung der Kernenergie näher erläutern und Kritik an der Verwaltungsrechtssprechung zu Kernenergiefragen äußern. Der Bundeskanzler hat mich gebeten, Ihr Schreiben zu beantworten.

Ihre Ausführungen sind mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen worden. Bitte haben Sie Verständnis dafür, daß es mir nicht möglich ist, zu Ihrer Kritik an der Verwaltungsrechtssprechung im einzelnen Stellung zu nehmen. Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung vom 4. Mai 1983 den hohen Sicherheitsstandard bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie betont und deutlich gemacht, daß wir auf die Kernenergie als Energiequelle nicht verzichten können. Für den Strukturwandel der deutschen Wirtschaft ist eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung unentbehrlich. Die Sicherheit kerntechnischer Anlagen und der notwendige Rechtsschutz der Betroffenen sind nach Auffassung der Bundesregierung wesentliche Bestandteile bei der Nutzung der Kernenergie.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Hanning
(Dr. Hanning)

Atom-Angst wird kassierbar

Wie aus Angst vor Kernkraft Geld gemacht werden kann, zeigten die Pharma-Firmen Lohmann. Sie verkauften ihren Einspruch gegen den Bau des Kernkraftwerkes Grohnde für 15 Millionen Mark

Von Dieter Herold

Die Rechtslage war fürs erste geklärt, die Situation indessen blieb verzwickt. Auf der einen Seite standen die Pharma-Firmen Dr. Paul Lohmann GmbH KG sowie Lomapharm Rudolf Lohmann GmbH KG aus Emmerthal bei Hameln; auf der anderen Seite die Betreiber des Kernkraftwerks Grohnde GmbH. Und dazwischen die Frage, ob radioaktive Teilchen aus dem 1984/85 fertiggestellten Atomwerk die in rund 1,5 Kilometer entfernt produzierten Pharmaka soweit verseuchen, daß ihre „Herstellung in erheblichem Umfang gefährdet beziehungsweise unmöglich gemacht wird und damit die Existenz der beiden Pharma-Unternehmen gefährdet".

Zwanzig Monate hatte die Auseinandersetzung um diese Frage schon gedauert und den Kraftwerksbetreibern nach eigenen Angaben 1,8 Milliarden (in Ziffern 1 800 000 000) Mark Mehrkosten verursacht. Im Juni 1977 hatte das Verwaltungsgericht Hannover auf Baustopp des Kraftwerks entschieden, weil die pharmazeutischen Firmen nach dem Arzneimittelrecht Gefahr liefen, radioaktiv verseuchte Produkte herzustellen. Da die Lohmann-Werke schon standen, als mit dem Bau des Kraftwerks begonnen wurde, war der Fall für die Richter nach dem Motto klar, wer zuerst kommt, mahlt zuerst.

So eindeutig wollte sich im Februar 1979 das Oberverwaltungsgericht Lüneburg nicht äußern. 90 Millionen Mark Mehrkosten pro Baustopp-Monat (zusammengesetzt aus 50 Millionen Mark Baukostensteigerung und 40 Millionen Mark für Ersatzstrombeschaffung) waren happig. Die Lüneburger Richter entschieden salomonisch: Das Beton-Bauwerk darf zwar hingestellt, aber nicht in Betrieb genommen werden, bis die 1,8 Milliarden-Mark-Frage endgültig geklärt ist. Zu unterschiedlich hatten die Gutachter beider Parteien gesprochen.

Die Grohnde-Gutachter: In keinem Fall (Unglücke ausgenommen) würden Kunden von Lohmann-Arzneimitteln die zugelassene Strahlendosisgrenze von 30 Millirem pro Jahr erreichen oder gar überschreiten.

Die Lohmann-Gutachter: Es sei durchaus möglich, daß dieser Höchstwert erreicht oder überschritten werden könne.

Das Gericht: Die Betriebsgenehmigung wird nur dann erteilt, wenn „einige technische, naturwissenschaftliche Probleme" geklärt sind. Den Kraftwerksbetreibern machte es die Auflage, „unverzüglich ergänzende Untersuchungen zur Klärung der noch offenen Sachfragen einzuleiten".

Doch je näher der Termin für die Fertigstellung und damit der Termin für die Betriebserlaubnis des Kraftwerks rückte, desto zurückhaltender wurden die Betreiber (50 Prozent halten die Preußischen Elektrizitätswerke, die andere Hälfte das Gemeinschaftskraftwerk Weser, die Stadtwerke Bielefeld, die Elektrizitätswerke Minden/Ravensberg und das Elektrizitätswerk Wesertal), die alles entscheidenden „noch offenen Sachfragen" zu klären.

Auch die Lohmann-Brüder Ekkehard und Hans-Joachim, die Inhaber der Pharma-Werke, dachten nach. Es traf sich gut, daß beide Sinn für Geschäftliches hatten. Ort der Verhandlung waren von Stund an nicht mehr die Gerichtssäle. Am 9. September 1982 war man sich handelseinig und schloß einen faustischen Pakt.

Die Grohnde GmbH verpflichtete sich vertraglich, 15 Millionen Mark an Loh-

mann zu zahlen; fünf Millionen wurden sofort fällig, die restlichen zehn Millionen „mit der Erteilung der ersten Teilbetriebsgenehmigung (zirka 1984/85)". Die Lohmann-Brüder versprachen im Gegenzug, die seit 1977 alle Gerichtsverhandlungen beherrschende Gesundheitsfrage, die möglicherweise einer Betriebsgenehmigung im Wege gestanden hätte, nicht mehr zu diskutieren.

In der Zwischenzeit war auch deutlich geworden, daß unabhängig vom Betrieb des Kernkraftwerkes die beiden Lohmann-Unternehmen „in der Verwirklichung ihres Ertragsstrebens" bereits „erheblich beeinträchtigt" worden waren. Schon 1978 sprach ihr größter Kaliumazetat-Abnehmer (Kaliumazetat ist ein Hilfsstoff für die Herstellung von Penicillin-Präparaten) die Standortproblematik der Firma Paul Lohmann an (230 Mitarbeiter, jährlicher Umsatz 45 Millionen Mark) und erklärte, daß „die zukünftige Versorgungssituation" negativ beurteilt werde. Anschließend vergab der Lohmann-Kunde einen Teil seiner Kalziumazetat-Aufträge an einen englischen Wettbewerber. Die Lohmann-Firma hatte dadurch ab 1980 eine Umsatzeinbuße von 30 Prozent bei diesem Kunden.

Und 1980 erklärte ein Hauptabnehmer von Tabletten und Dragees gegenüber der Firma Lomapharm (130 Mitarbeiter, jährlicher Umsatz elf Millionen Mark), er würde sich ebenfalls nach einer anderen Lieferfirma umsehen.

Die Gefahr, Umsatz zu verlieren und „daß bei Störfällen eine radioaktive Anreicherung der Produkte zu erwarten ist, die zwangsläufig zu einer Schließung der Produktionsstätten führen muß", bestimmte den Preis für den Millionen-Handel. Das Kernkraftwerk Grohnde mußte „in Erkenntnis einer mit Sicherheit zu erwartenden Schadensersatzpflicht" damit rechnen, gegenüber den beiden Unternehmen ständig zur Kasse gebeten zu werden.

Das 15-Millionen-Mark-Geschäft ist nicht etwa illegal, sondern wird vom Gesetz sogar erlaubt. Paragraph 9b des Atomgesetzes sagt auch: „Treten ... nachteilige Wirkungen auf das Recht eines anderen ein, die durch ... Auflagen weder verhütet noch ausgeglichen werden können, so ist der Betroffene für den dadurch entstehenden Vermögensnachteil in Geld zu entschädigen."

Die ursprünglich alles entscheidenden „noch offenen Sachfragen", wie das Oberverwaltungsgericht Lüneburg formuliert hatte, wurden durch das Geldgeschäft aber nicht beantwortet, sondern lediglich unter den Tisch gekehrt. Nach wie vor ist also offen, ob auch bei einem Normalbetrieb des Kernkraftwerkes (das erhöhte Radioaktivität kurzzeitig abgeben darf), Arzneimittel so hoch belastet werden, daß Patienten, die regelmäßig Lohmann-Präparate einnehmen, die von der Strahlenschutzverordnung festgelegten Grenzwerte erreichen oder überschreiten.

Im Gerichtssaal hatten die Lohmann-Gutachter vorgerechnet, wie das möglich sei. Zur Trocknung von einigen chemischen Präparaten sind nämlich sehr hohe Außenluftmengen notwendig. Über diesen Weg könnten radioaktive Teilchen in die Präparate gelangen. Auch über das Wasser ist eine zusätzliche Anreicherung denkbar. Das wird nämlich aus dem Uferfiltrat der Weser gewonnen – und in die Weser darf Grohnde später Abwässer einleiten.

Lohmanns Angst hat sich bezahlt gemacht. Das Problem bleibt. ○

(Aus: "NATUR - Horst Stern's Umweltmagazin, September 1983)

Häufung von Leukämieerkrankungen

Die staatliche britische Elektrizitätsgesellschaft hat eine wissenschaftliche Untersuchung in Auftrag gegeben, nachdem in der Nähe des Atomkraftwerks in der südostenglischen Grafschaft Suffolk eine Häufung von Leukämieerkrankungen festgestellt worden war. (dpa)

Sonnabend, 22. Oktober 1983 WESER-KURIER Seite 2

Krebserkrankungen alarmierend

London(dpa). Britische Wissenschaftler haben nach Angaben aus London eine alarmierende Anzahl krebsund leukämiekranker Kinder in der Umgebung der Atomanlage Windscale entdeckt. Die Leukämie-Erkrankungen sind in dem Gebiet rund zehn Mal häufiger, als im Durchschnitt, und auch die Krebsziffer sei erheblich höher. Einzelheiten des sensationell klingenden Berichtes sollen morgen im Fernsehen gezeigt werden.

Achimer Kreisblatt
MONTAG, 31. OKTOBER 1983
Seite 1

Verursacht Atomanlage Krebserkrankungen?

London (dpa). Britische Wissenschaftler haben nach Angaben der Londoner Sonntagszeitung „Observer“ eine alarmierende Anzahl krebs- und leukämiekranker Kinder in der Umgebung der Atomanlage Windscale (Nordwest-England) entdeckt. Die Leukämie-Erkrankungen sind in dem Gebiet rund zehnmal häufiger als im nationalen Durchschnitt, und auch die Krebsziffer sei erheblich höher. Die vollen Einzelheiten des sensationell klingenden Berichtes sollen heute im britischen Fernsehen gezeigt werden. Nach den vorab bekanntgewordenen Ergebnissen wurde tödlicher Plutonium-Staub noch 65 Kilometer von der Atomanlage entfernt gefunden. Bei grasenden Tieren wurden hundertmal höhere Strahlendosen gemessen als normal. Ein Bauer meldete in den vergangenen drei Jahren die Geburt haarloser, verkrüppelter sowie zungen- und ohrloser Kälber. Wissenschaftler äußern die Meinung, die Gefährlichkeit der Strahlung sei offenbar weitaus gefährlicher, als man bislang angenommen habe. Windscale wird von der staatlichen Energiebehörde betrieben. Die Anlage arbeitet auf kommerzieller Basis alte Brennstäbe für die Wiederverwendung in Kraftwerken auf. Umweltschützer führen seit langem eine Kampagne gegen die Einrichtung.

Dienstag, 1. November 1983 WESER-KURIER Seite 2

15 Millionen Mark als „Stillhaltegeld"?

Pharmafirma zog Klage gegen Kernkraftwerk zurück

Emmerthal-Grohnde (lni). Zwei Arzneimittelfirmen, die im vergangenen August ihre Klage gegen den Bau des Kernkraftwerks Grohnde an der Oberweser (Kreis Hameln-Pyrmont) zurückgezogen, haben von der zu 50 Prozent an dem Kraftwerk beteiligten „Preußenelektra" 15 Millionen Mark erhalten. Ein entsprechender Vergleich wurde am 9. August 1982 zwischen den Pharmafirmen Dr. Paul Lohmann GmbH und der „Lomapharm" GmbH sowie der „Preußenelektra" geschlossen. Dies bestätigte eine Sprecherin der „Preußenektra" in Hannover gestern auf Anfrage. Nach Angaben der beiden Arzneimittelfabriken wurden fünf Millionen Mark bereits mit Vertragsabschluß gezahlt. Die restlichen zehn Millionen Mark seien mit Inbetriebnahme des Kernkraftwerks, mit der Anfang 1985 gerechnet wird, fällig.

Die in Emmerthal bei Grohnde, etwa 1000 Meter vom Kraftwerk entfernt, ansässigen Pharmafirmen hatten 1977 gegen das Grohnde-Projekt mit der Begründung Einspruch erhoben, ihre Arzneimittel könnten durch die Nähe des Kraftwerks übermäßig strahlenbelastet werden und somit nicht mehr den Bestimmungen des Arzneimittelgesetzes entsprechen. Sie wiesen darauf hin, daß zur Trocknung einiger Arzneimittel Außenluft in großen Mengen benutzt wird. Auf diese Weise könnten radioaktive Teilchen aus dem nahen Kraftwerk in die Produkte gelangen. Auch über das bei Lohmann verwendete Wasser, das aus Weserufer-Brunnen unterhalb des Kraftwerks entnommen wird, sei eine Strahlenanreicherung zu befürchten. Sie untermauerten dies mit einem Gutachten, das — im Gegensatz zu einem Gutachten der künftigen Betreiber des Kraftwerkes — eine Überschreitung der zulässigen Strahlenbelastung nicht ausschloß.

Das Verwaltungsgericht Hannover verhängte daraufhin im Juni 1977 einen Baustopp, der im Februar 1979 vom Oberverwaltungsgericht Lüneburg (OVG) wiederaufgehoben wurde. Diese Entscheidung wurde allerdings mit der Auflage verbunden, es müßten „unverzüglich ergänzende Untersuchungen zur Klärung der noch offenen Sachlage" eingeleitet werden. Der jahrelange Rechtsstreit zwischen den Kraftwerksbetreibern — neben der „Preußenelektra" sind die Stadtwerke Bielefeld, die Elektrizitätswerke Minden-Ravensberg und die „Wesertal" GmbH (Hameln) an dem Projekt beteiligt — und den Pharmafirmen wurde schließlich dadurch beigelegt, daß die beiden Lohmann-Brüder die Klage zurückzogen.

Die „Preußenelektra", der nach ihren Angaben durch den Baustopp Mehrkosten in Höhe von 1,8 Milliarden Mark entstanden, verpflichtete sich im Gegenzug zu einer „zweckgebundenen" Ausgleichszahlung von 15 Millionen Mark. Diese Gelder sollen u. a. für die Errichtung zusätzlicher Filteranlagen sowie einer Luftmeßstation auf dem Gelände der Lohmann-Firmen verwendet werden.

Die in Presseberichten geäußerte Mußmaßung, die beiden Firmen hätten sich ihre Angst „abkaufen" lassen, wies Lohmann als „Polemik" zurück. „Wir tun, was erkennbar zu machen ist. Es geht schließlich auch um den Erhalt von 360 Arbeitsplätzen."

Auch die „Preußenelektra" wies kritische Presseberichte über den Vergleich zurück. Es habe sich herausgestellt, „daß durch den Betrieb des Kernkraftwerks für die Produktion bei Lohmann keine Beeinträchtigung entsteht".

Die Grünen im Niedersächsischen Landtag sahen durch den „unseligen Kuhhandel" zwischen den beiden ehemaligen Gegnern ihre Bedenken gegen das zum größten Teil fertiggestellte Kraftwerk bestätigt. Wenn die Betreiber bereit seien, 15 Millionen Mark „zur Beruhigung eines Klägers" zu zahlen, drücke das „ihr schlechtes Gewissen aus".

(WESER-KURIER vom 14. Oktober 1983)

Wiederabdruck aus GESUNDES LEBEN, Heft 254, September 1971:

Wahlen fürs Volk?

Von Dipl. Ing. Richard Soyka, Linz

Ist das Volk wahlmüde?

Wenn es so scheint, dann nur deshalb, weil das „Volk“ überhaupt nichts zu „wählen“ hat.

Parteiengezänk, „erbitterte“ Scheinkämpfe im Parlament und vor dem Fernsehschirm, das lockt niemand zur Wahlurne.

Das Volk will leben. Und das heißt heute, es will die Sicherheit bekommen, daß es auch in 30 Jahren noch leben kann; — das wird bekanntlich von sehr vielen ernsten und wissenden Männern (z. B. von Biologen) für fast unmöglich gehalten.

Binnen 3 Milliarden Jahren hat sich das Wunder des Lebens auf unserem Erdball entwickelt. Das Ziel dieses unendlich langen und unendlich schmerzhaften Weges war der bewußte, verantwortungsbewußte Mensch. Diesem Ziel mit ganzer Kraft, mit dem Verstand und mit dem Herzen zu dienen, ist der Wille oder Wunsch der großen Mehrheit unseres Volkes und anderer Völker. Präsident Nixon hat bereits erkannt und es öffentlich ausgesprochen: Sein Staat ist in größter Gefahr, dem Schicksal des alten Hellas zu folgen, in den Untergang. Er sagte dazu: Wohlstand, Luxus und Technik allein können kein Volk am Leben erhalten. Es gehört dazu noch eine ganz neue Art von Verantwortung der Führenden gegenüber den Gefahren, die das Leben des Volkes bedrohen. Eine neue Moral.

Am sichtbarsten sind derzeit die Gefahren aus der totalen Zerstörung der Umwelt und aus dem Widerstand dagegen, diese Gefahren wirksam zu bekämpfen. Dieser Widerstand geht nicht vom „Volk“ aus, sondern von einer Hand voll Menschen, denen ihr persönliches Wohl, ihre Macht und ihr Machtmittel, der unermeßliche Reichtum an Geld, wichtiger ist als das Leben der Völker.

Wir erleben das in Österreich seit jenem Tag, an dem unser Volk durch Kapitaleinfluß vom Ausland gezwungen werden sollte, in seiner Heimat ein Atomkernspaltwerk zu dulden.

Zu tiefst beschämend

Es ist zu tiefst beschämend für unser Land, daß kein einziges Mitglied der früheren oder der späteren Regierung den Mut aufgebracht hat, diesem Diktat des internationalen Atomkapitals klar und deutlich zu widersprechen. Auch jetzt noch nicht, wo bereits eine Viertel Million Staatsbürger genau weiß, daß eine atomare Vergiftung durch ein Kernspaltwerk eine unvorstellbare Gefahr für die heute Lebenden und für alle künftigen Geschlechterfolgen bedeutet.

Ein Wissender sagt zu dieser Lage:

> „Wenn es für das Großkapital von Vorteil wäre, daß zweimal zwei fünf ist, würde es in allen Schulen so gelehrt, alle Lautsprecher und Plakate würden es brüllen und alle Massenmedien würden es betonen, und nur im stillen Kämmerlein würde es jeder für sich wissen, wieviel zweimal zwei in Wirklichkeit ist. Das Auseinanderklaffen zwischen ‚Offiziell' und ‚Privat' ist der Fiebermesser jedes Staates.
>
> Die am anderen Ende des Hebels sitzen, wissen genau, daß sie unrecht haben, aber es ist der Kaufpreis ihres Gewinnens."

Genau zu wissen, daß man am Untergang eines Volkes mitschuldig werden kann, — das ist nicht leicht zu ertragen. Aber es gibt ein recht bequemes Mittel, dieses bedrückende Schuldgefühl zu betäuben. Es heißt Selbsttäuschung, härter gesagt: Selbstbetrug.

Ist das einmal gelungen, dann kann man auch mit gutem Gewissen andere belügen und betrügen. Wie das in dem vorliegenden Fall gemacht wird, das erleben wir seit dem Mai 1969 in einem großartigen, zugleich erschütternden Anschauungsunterricht: über 2000 Zeitungsaufsätze sind seither gedruckt worden, in denen halbe und Viertelwahrheiten mit halben und ganzen Lügen so geschickt vermischt wurden, daß bis heute in der „Öffentlichkeit" größte Unsicherheit und Verwirrung darüber herrscht, wie gefährlich oder „ungefährlich" Kernspaltwerke nun wirklich sind. Daß sich im Trüben gut fischen läßt, ist bekannt. Das Atomkapital nützt die gewonnene Zeit, um sein „großes Geschäft" doch noch unter Dach zu bringen, ehe der wirkliche Volkswille bewußt genug ist, dieses Verbrechen gegen das Leben endgültig zu unterbinden. In Amerika ist es bald so weit. In der Bundesrepublik Deutschland hat der derzeitige Forschungsminister einen



Dipl.Ing. Richard Soyka (links außen) mit seiner Frau Helma (rechts außen) und seinen 7 Kindern, 5 Schwiegerkindern und allen Enkeln am 6. Juni 1970, seinem 75. Geburtstag vor dem Schloß Belvedere in Wien. Im Jahr danach schrieb er den nebenstehenden Aufsatz "Wahlen fürs Volk?" Er starb achtzigjährig am 26.7.1975; den Erfolg der Zwentendorf-Volks=abstimmung vom 5. Nov.1978 hat er nicht mehr miterlebt.

ersten, schüchternen Anfang gemacht. In Österreich ist es unserer mühevollen Arbeit gelungen, wenigstens 250.000 Menschen über die Wahrheit aufzuklären.

Aber diese Zahl reicht in einer „Demokratie" noch nicht aus, um gegenüber den durch unablässige Propaganda geistig wehrlos gemachten Menschenscharen eine „Mehrheit" zu bilden. Daß durch entsprechend große Geldmittel zunächst jede Lüge scheinbar siegen kann, ändert nichts daran, daß zuletzt die Wahrheit siegt. Sie setzt sich immer durch, wie es z. B. durch Kopernikus oder Galilei bestätigt wird. Das weiß auch das Atomkapital. Deshalb seine Eile, seine Hast und seine Angst, die es durch immer größere Massenpropaganda zu betäuben sucht.

Das Atomkapital fürchtet nichts so sehr wie die Verbreitung der Wahrheit.

In dieser einmaligen Lage fragen wir noch einmal:

Wird es im Oktober 1971 eine echte Wahl fürs Volk geben? Das Volk wünscht sich eine Handvoll Frauen und Männer, die den Mut haben, den Atomgeschäftsleuten das Handwerk zu unterbinden. Die kommende Strahlenschutzverordnung, wenn der erste Entwurf dazu entsprechend verbessert wird, gibt die Handhaben dazu. Außer dem Mut müssen diese Volks-Vertreter auch das nötige Wissen haben. Dieses vermitteln wir seit mehr als zwei Jahren durch hunderttausende von Flugblättern und Aufklärungsschriften. Es ist niedergelegt in einer großen Zahl neuester wissenschaftlicher Arbeiten. Die Gesellschaft für biologische Sicherheit, die von unabhängigen Fachleuten geführt wird — (unabhängig heißt, daß sie weder direkt noch auf irgend welchen Umwegen vom Atomkapital bezahlt werden, weder als Angestellte noch als „Mitarbeiter" noch als „Experten"; auch nicht als abhängige Zeitungsleute,) — verwaltet das gesamte modernste Wissen über Atomkernspaltung, deren Gefahren für das Leben von Pflanze, Tier und Mensch auf unserem Erdball, und auch das Wissen über neue Wege der Energiegewinnung, so vor allem über die Atomkernverschmelzung (= Fusion). In jüngster Zeit hat die Forschung auf diesem Gebiet überraschend schnelle Fortschritte

steigende Angst . . .

gemacht, die auch schon von unabhängigen Zeitungen volkstümlich dargestellt werden. Ein Grund mehr für die steigende Angst des Atomspaltungskapitales, seine „investierten" Milliarden nicht mehr hoch genug verzinst zu bekommen oder sie überhaupt auf Verlustkonto „abschreiben" zu müssen.

Um es ganz klar zu sagen:

Die Zeit der absoluten Geldherrschaft muß zu Ende gebracht werden. Der Thron des Götzen Mammon ist derzeit am sichtbarsten verkörpert in dem Milliarden-Dollar-Kapital, das auf Kernspaltung gesetzt hat und jetzt um jeden Preis — auch um den furchtbaren Preis einer Erbkatastrophe der zivilisierten Menschheit — seinen Befehl durchsetzen will: „Baut Kernspaltungswerke so schnell und so viel wie möglich, auch wenn das Leben auf der ganzen Erde dadurch verseucht wird bis zu seinem Untergang. Wir wollen unser Riesengeschäft noch vorher machen.

Nach uns die Giftflut!

Prof. Otto König, vom Volksmund schlicht und vertraulich der „Tierkönig" genannt, hat als einziger in der ersten großen Fernsehsendung „Überleben" den Mut gehabt, auf die lebensbedrohende Gefahr der Kernspaltung hinzuweisen.

Jeder Politiker, der diesem Vorbild folgt, und zwar jetzt folgt, erwirbt sich dadurch den Ehrennamen, ein Vorkämpfer für die Rettung des Lebens geworden zu sein. Zugleich dient er damit auch der Ehre Österreichs.

Ein Elektro-Ingenieur und gründlicher Sachkenner in der Bundesrepublik, schrieb mir kürzlich:

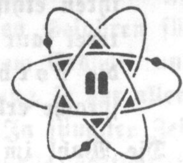
> „Ich freue mich über die Österreicher, daß sie so mutig ihren ethischen Protest gegen die Verrücktheit der Kernspalterei laut werden lassen; ich freue mich auch über die Ärzte die vorbildlich für die ganze Welt endlich Einsprache erheben!"

Die Wahl im Oktober 1971 kann eine echte Wende bringen: Wenn eine einzige Persönlichkeit in die Volksvertretung gewählt

wird, die den Mut und die Sachkenntnis hat, vom „Hohen Haus“ aus unentwegt und mit hartem Nachdruck den Kampf gegen die Atom-verſeuchung Öſterreichs durch Kernſpaltung zu führen, dann kann noch rechtzeitig das Unheil von „Zwentendorf“ verhütet werden. Damit hätte Öſterreich einen erſten Riegel gegen die weitere atomare Ver-ſeuchung Europas vorgeſchoben, ſo wie einſt die Türkengefahr von Öſterreich aus abgewehrt wurde oder der Peſtwall das Vordringen dieſer Seuche aus dem Oſten verhütete.

WHAT IS THE INSTITUTE FOR SCIENCE
AND HALACHA?

Institute for Science & Halacha
1 Hapisga St. (Opp. Mt. Herzl)
Jerusalem, Israel 96465
(02) 42 48 80



Einladung

Aus Anlaß der öffentlich zugänglichen **Hauptverhandlung im Mülheim-Kärlich-Plutoniumnotwehr- und Selbsthilfeprozeß** vor dem Schöffengericht des Amtsgerichtes in 5440 Mayen, St.-Veit-Straße 38, gegen Nicoll de Bruin-Soyka und Absolv. rer. pol. Walther Soyka sowie gegen Roland Bohlinger, Erich Matthies, Karl-Wilhelm Mayer und Wieland Soyka findet in der **Mittags-Verhandlungspause** am

Dienstag, 7. Feb. 1984, ab 13.15 Uhr

im Warteraum vor dem Verhandlungssaal Nr. 18
im 1. Stock des Amtsgerichtes in Mayen, St.-Veit-Str. 38, die

Vierte ordentliche Mitglieder-Hauptversammlung

der als Freundes- und Bekennerkreis tätigen Weltanschauungsgemeinschaft **FORUM HUMANUM — Hartmut-Gründler-Klägerverband für Volksgesundheit und biologische Sicherheit** statt.

Scheitert die hiermit anberaumte 4. ordentliche FORUM-HUMANUM-Mitglieder-Hauptversammlung wegen unvorhersehbarer Umstände, so findet am **7. Februar 1984 am 13.30 Uhr mit gleicher Tagesordnung** beim Parkplatz hinter dem Amtsgericht Mayen, St. Veitstraße 38 bzw. in dessen nächster Nähe eine **außerordentliche Mitglieder-Hauptversammlung** des „FORUM HUMANUM — Hartmut-Gründler-Klägerverband für Volksgesundheit und biologische Sicherheit" statt. Diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden bzw. durch Bevollmächtigte Vertretenen beschlußfähig.

Zur Teilnahme befugt diese Einladung; zur Abstimmung sind alle Kläger bzw. Vollmachtgeber befugt, die sich in Verteidigungsabsicht mit mir zur Abwehr somatischer und genetischer Gesundheitsschäden verbunden haben. Vertretung duch Bevollmächtigte bei der ordentlichen bzw. außerordentlichen FORUM-HUMANUM-Mitglieder-Hauptversammlung ist zulässig.

Tagesordnung:

1. a) Bericht des 1. Vorsitzenden, Absolv. rer. pol. Walther Soyka, über die Entwicklung der Verbandstätigkeit seit den drei Hauptversammlung am 6. 8. 1972 in Fischerhude, am 9. 8. 1975 beim Hartwarder Friesendenkmal in Esenshamm und am 24. 2. 1978 in Hannover anläßlich der Grohndeprozeß-Demonstration;

   b) Aussprache über diesen Bericht.

2. Entlastung des 1. Vorsitzenden und der weiteren Vorstandsmitglieder.

3. Personaldebatte über die zur Neuwahl Kandidierenden.

4. Neuwahl des 1. Vorsitzenden, seiner Stellvertreter/innen und einer/eines Geschäftsführerin/führers.

5. Beschlußfassung über das künftige Zusammenarbeitsverhältnis zwischen einerseits der Weltanschauungsgemeinschaft „FORUM HUMANUM — Hartmut-Gründler-Klägerverband für Volksgesundheit und biologische Sicherheit“ und andererseits der Religiösen Gemeinschaft „Österreichische und deutsche Freunde der ‚Gotterkenntnis (Ludendorff)‘“.

6. Beschlußfassung über die einzuleitenden Schritte zwecks Erlangung
   a) der Steuerabzugsfähigkeit von Spenden an das FORUM HUMANUM und
   b) der Verbandsklagebefugnis.

7. Verschiedenes: a) **Archiv für Volkserhaltung und Staatsethik,** Ersatzräume für Feldstraße 83 beschaffen;

   b) FORUM-HUMANUM-Symposium zum Weltgesundheitstag 1985 in Bremen (6./7. April 1985).

   c) Beweismittelsammlung zur Begründung unserer künftigen Wiedergutmachungsforderungen.

Walther Soyka

(Absolv. rer. pol. Walther Soyka)

1. Vorsitzender der als Freundes- und Bekennerkreis tätigen Weltanschauungsgemeinschaft „FORUM HUMANUM — Hartmut-Gründler-Klägerverband für Volksgesundheit und biologische Sicherheit“

»Unöffentlich muß eine neue Meinung entstehen. Die jetzige erhält sich durch die Presse, die Propaganda, die Organisationen und die Macht und Geldmittel, die ihr zur Verfügung stehen. Dieser unnatürlichen Verbreitung von Ideen hat sich die natürliche entgegenzusetzen, die von Mensch zu Mensch geht und nur mit der Wahrheit rechnet. Ungewappnet in der primitiven Kampfesweise des Geistes, muß sie gegen andere angehen, die ihr wie Goliath dem David in der mächtigen Rüstung der Zeit entgegentreten. Für das Ringen, das sich daraus entwickeln wird, lassen uns alle geschichtlichen Analogien im Stich. Wohl hat auch die Vergangenheit den Kampf des denkenden Einzelgeistes gegen den gebundenen Gesamtgeist gekannt. Nie aber trat das Problem auf wie heute, weil der in modernen Organisationen, moderner Gedankenlosigkeit und modernen Volksleidenschaften gebundene Gesamtgeist eine einzigartige Erscheinung ist.«

Albert Schweitzer

An die
als Freundes- und Bekennerkreis
tätige Weltanschauungsgemeinschaft
„FORUM HUMANUM — Hartmut-Gründler-Klägerverband für Volksgesundheit und biologische Sicherheit“
Wendtstraße 22
2800 Bremen 1

1. Ich bin bereit, mich zur Wahl in den Vorstand des FORUM HUMANUM vorschlagen zu lassen: Ja / Nein
2. Ich befürworte die Wiederwahl von Absolv. rer. pol. Walther Soyka zum 1. Vorsitzenden des FORUM HUMANUN: Ja / Nein
3. Ich bin verhindert, an der 4. Hauptversammlung des FORUM HUMANUM am 7. 2. 1984 teilzunehmen. Ich **bevollmächtige**

☐ Herrn Walther Soyka, bzw. (Zutreffendes ☒ ankreuzen)
☐ Frau Nicoll de Bruin-Soyka, bzw.

____

mich am 7. 2. 1984 bei der ordentlichen bzw. außerordentlichen FORUM-HUMANUM-Mitgliederhauptversammlung in Mayen zu vertreten:

Vor- und Zuname: ____________________________

Anschrift: ____________________________

____

Eigenhändige Unterschrift

Unterstützen Sie durch eine **Vorbestellung** oder eine **Spende** die **Wiederveröffentlichung** folgender wichtigen Bücher:

1) Karl Nowak: **NEUE PHYSIK** Einführung in eine neue Atom- und Strahlungsphysik, DM 80,—

2) Johann Peter Frank: **System einer vollständigen medicinischen Polizey** (13 Bände, 1778—1782) DM 200,—

Beide Werke sollen sämtlichen Bundestagsabgeordneten zur Schließung von Bildungslücken übermittelt werden.

(Hier abschneiden, ausfüllen und einsenden)

Um die Wiederveröffentlichung nachfolgender Bücher zu ermöglichen, bestelle ich

.... St. Karl Nowak „**NEUE PHYSIK**" (DM 80,—)

.... St. der 13 Bände von Johann Peter Frank „**System einer vollständigen medicinischen Polizey**" (DM 200,—).

Ich erteile hiermit bis auf Widerruf den **Dauerauftrag,** am letzten Tag des laufenden und jeden weiteren Monats von meinem Konto Nr.: ....

Bankleitzahl: .... bei: ....

....

(Name der Bank oder Sparkasse)

in: ....

(PLZ, Ort und Straße)

einen Teilzahlungsbetrag / eine Monatsspende von DM ....

(Betrag in Worten: ....)

abzubuchen und auf das Konto der „Gesellschaft für biologische Sicherheit — Archiv für Volkserhaltung und Staatsethik" (2800 Bremen 1, Wendtstraße 22. Ruf: 04 21 - 76 9 76) beim Postscheckamt Hannover, Nr. 3898 88-306, zu überweisen.

Vor- und Zuname: ....

(bitte in Blockschrift)

Anschrift: ....

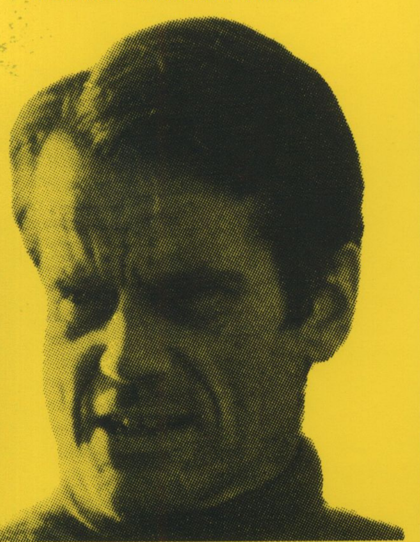
(Postleitzahl, Ort und Straße)

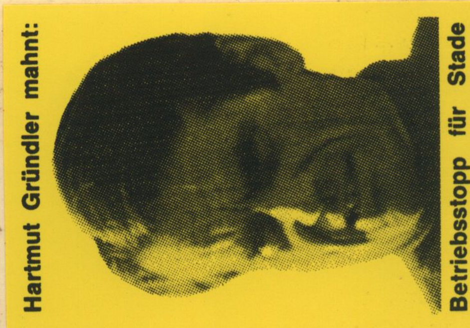
....

Datum Eigenhändige Unterschrift

Lankenau-Erben

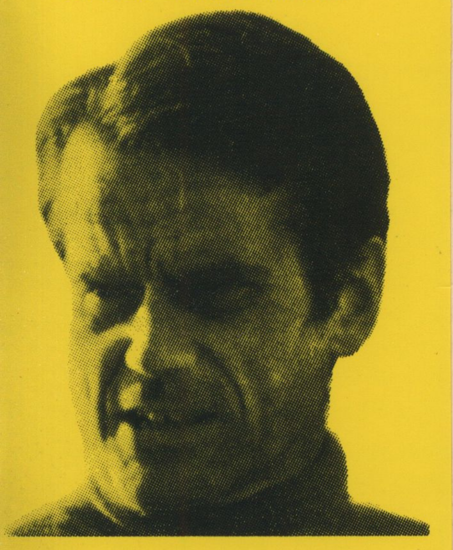
Bremen 29.1.84



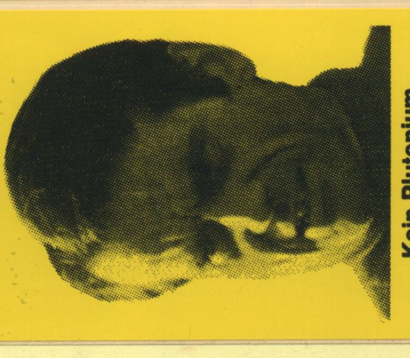




ück
s
ie-







er
ne
s-
ür
t-
t,
n
-

Lankenau-Erben
Feldstr.83

Bremen,29.1.84.

Frau
Nicoll Soyka
Wendtstr. 22

2800 Bremen 1

Einschreiben.

Betr: Kündigung der von Ihnen gemieteten Räume.

Sehr geehrte Frau Soyka!

Höflich beziehen wir uns auf die heutige Unterredung.-

Aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten verkaufen wir das Grundstück in Bremen, Feldstr.83.- Wir kündigen deshalb Ihr Mietverhältnis zum 31.3.84 oder nächst möglichen Termin für die von Ihnen gemieteten Räume.

Hochachtungsvoll

Lankenau-Erben.

i.V.

[Unterschrift]

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Absolv. rer. pol. Walther Soyka, wissenschaftlicher Leiter des Archivs und Instituts für biologische Sicherheit, D 2800 Bremen 1, Wendtstraße 22, Ruf: 04 21 / 76 9 76.

Verleger ist die als Freundes- und Bekennerkreis tätige Weltanschauungsgemeinschaft „Forum Humanum — Hartmut-Gründler-Klägerverband für Volksgesundheit und biologische Sicherheit", D 2800 Bremen 1, Wendtstraße 22, Ruf: 04 21 / 76 9 76.

Spenden erbeten auf das Postscheckkonto: Institut für biologische Sicherheit, Bremen, Nr. 2140 40-301, PSchA Hannover.

Überprüfen Sie die Höhe Ihres etwaigen Kirchenbeitrages und bemessen Sie Ihre Spende danach, damit unsere Nachkommen nicht in einer Plutoniumwelt zu leben haben. Vorrang für gesundes Leben!

An die
STERN-Leserbriefredaktion
Warburgstraße 50
2000 Hamburg 36

Bremen, 25. 1. 1984

Betrifft: **Bitte um Auskunft über „Bananenrepublik“**

In Ihrem großen Mechtersheimer-Interview 1982 las ich erstmals den Ausdruck „Bananenrepublik“, der mir seither immer häufiger auch in anderen Publikationen begegnet. Ehe ich meine 2 Kinder bekam, war ich in Kassel Geschichtsstudentin; dort lernte ich jedoch den Begriff „Bananenrepublik“ noch nicht kennen.

Können Sie mir bitte mitteilen, auf **welche Staaten** sich dieses Wort **ursprünglich** bezogen hat? Seit **wann** gibt es den Begriff „Bananenrepublik“? **Wer** führte ihn ein? Welchen **Bedeutungswandel** hat er inzwischen mitgemacht? Kommt er auch in **anderen Sprachen** vor? Gibt es **Literaturquellen** (Romane? Lexika? Wörterbücher?), wo ich nachlesen und mich selbst noch eingehender unterrichten kann?

Anbei 11 Bilder mit meinem Mann und mir und unseren beiden Kindern, die am 7. 12. 1983 aufgenommen wurden. Wir hoffen, daß aus der zu schwammigen „Friedensbewegung“ noch eine „Friedens**vertrags**bewegung“ wird. O h n e Friedensvertrag sind und bleiben wir — auch ohne reif werdende Bananen — wohl tatsächlich eine „Bananenrepublik“.

Mit freundlichen Grüßen

Nicoll de Bruin-Soyka (24 J.)

Spenden erbeten auf die Postscheckkonten:

Gesellschaft für biologische Sicherheit — Archiv für Volkserhaltung und Staatsethik, Bremen 1, Nr. 3898 88 - 306, PSchA Hannover.
(Für Bausteine mit philateslistischem Sonderpoststempel, zur Unterstützung der Wiederveröffentlichung wichtiger Bücher.)

FORUM HUMANUM, Nr. 1207 71-801, PSchA München,

Institut für biologische Sicherheit, Bremen, Nr. 2140 40-301.
(Für Rechtsweg-Hefte und Hartmut-Gründler-Aufkleber)

Gedruckt bei ROLAND REPRO GMBH, Verdunstraße 37, 2800 Bremen 1, Telefon 04 21 - 49 17 11